

SPD-Ratsfraktion
Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen
FDP-Ratsfraktion
Ratsfraktion Die Linke
Ratsmitglied SSW

Zu Punkt der Tagesordnung

Interfraktioneller Antrag		0562/2011 öffentlich 04.07.2011
Datum	Gremium	Antragsteller/in
Ö 25.08.2011	Ratsversammlung	Ratsherr Stadelmann, SPD-Ratsfraktion Ratsherr Wagner, SPD-Ratsfraktion Ratsfrau Hirdes, Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen Ratsfrau Weichert, Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen Ratsherr Brandtner, FDP-Ratsfraktion Ratsherr Jansen, Ratsfraktion Die Linke Ratsherr Rudau, Ratsfraktion Die Linke Ratsfrau Danker, SSW
<u>Betreff:</u> Entschließung zum Erhalt des Feuerlöschschiffes "Kiel"		

Antrag:

Die Ratsversammlung der Landeshauptstadt Kiel fordert die schleswig-holsteinische Landesregierung auf, zum bewährten Vertrag für den Betrieb und den Einsatz des Feuerlöschbootes „Kiel“ vom 30.01.1985 in der geltenden Fassung, zurückzukehren.

Die gemeinsame Aufgabenwahrnehmung von Ölwehr und Brandschutz an den deutschen Küsten und im Kieler Hafen ist konzeptioneller Garant für alle potentiell Betroffenen. Von der Privatisierung der öffentlichen Sicherheit, insbesondere der Gefahrenabwehr im Bereich des Küsten- und Brandschutzes, ist Abstand zu nehmen.

Begründung:

Mit seinen kombinierten Einsatzfähigkeiten ist das Feuerlöschschiff „Kiel“ für den Brandschutz auf Bundesschiffahrtsstraßen und vor den Küsten Schleswig-Holsteins sowie für die vom Land zu leistende Schadstoffunfallbekämpfung auf See (z. B. Ölverschmutzungen) zuständig und bestens geeignet. Eindrucksvoll hat es wiederholt seine Fähigkeiten zur Schiffsbrandbekämpfung gezeigt, zuletzt im Oktober 2010 beim Brand der Ostseefähre „Lisco Gloria“ nördlich von Fehmarn.

Die Landeshauptstadt Kiel hat am 30.01.1985 mit dem Land Schleswig-Holstein und den anderen norddeutschen Bundesländern (Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen) einen Vertrag für den Bau, den Betrieb und den Einsatz des Feuerlöschbootes „Kiel“ geschlossen und in den folgenden Jahren ergänzt. Ende Juni 2011 hat die schleswig-holsteinische Landesregierung als Vertreterin der Küstenländer diesen Vertrag gekündigt.

Das Feuerlöschschiff „Kiel“ wird durch den intelligenten Doppel-Einsatz von Mannschaften – rund um die Uhr in Löschzügen an Land und im Brandfall durch den Einsatz an Bord des Feuerlöschschiffes – sowohl in funktionaler als auch Kostensicht äußerst sinnvoll bewirtschaftet. Die Betriebskosten für das Schiff wurden von einst 800.000 Euro auf 450.000 Euro deutlich verringert, auch durch die besondere Rolle des Kapitäns und der Besatzung.

Wenn nun die Landesregierung, vereint mit den Regierungen der anderen Küstenländer, den bisherigen Bereederungsvertrag mit der Landeshauptstadt Kiel kündigt und stattdessen private Unternehmen mit der Gefahrenabwehr beauftragen will, um den Länderanteil um weitere rund 100.000 Euro zu drücken, dann spart sie an der öffentlichen Sicherheit. Private Unternehmen arbeiten gewinnorientiert und werden bei einer niedrigeren Vergütung als die jetzige Pauschale des Landes (351.000 Euro) den Einsatzzustand des Feuerlöschschiffes „Kiel“ und seiner Crew nicht halten können und wollen. Käme es dann zu einem Großschadensfall, dann käme dies die Ostsee und die Küstenstädte und -gemeinden teuer zu stehen – nicht nur die Landeshauptstadt Kiel.

gez. Ratsherr Falk Stadelmann
gez. Ratsherr Michael Wagner
SPD-Ratsfraktion

f.d.R.

gez. Ratsfrau Dagmar Hirdes
gez. Ratsfrau Karin Weichert
Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen

f.d.R.

gez. Ratsherr Wolf-Dietmar Brandtner
FDP-Ratsfraktion

f.d.R.

gez. Ratsherr Florian Jansen
gez. Ratsherr Stefan Rudau
Ratsfraktion Die Linke

f.d.R.

Ratsfrau Antje Danker
SSW